



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 18.04.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *ukrinform*, *tass*, *sputnik* und *ria.ru*
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Humanitäre Untergruppe

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa:

Kiew will weiterhin keinen konstruktiven Dialog führen. Das hat das heutige Treffen in Minsk deutlich gezeigt. Die Vertreterin der Ukraine Irina Geraschtschenko in unserer Untergruppe kam eine Stunde zu spät, hat den Dialog wieder in den politischen Bereich gebracht, ohne dabei eine Position zu irgendeiner der Schlüsselfragen der Tagesordnung zu äußern.

Die ukrainische Seite blockiert insbesondere weiter die Frage der Suche nach Vermissten, obwohl schon 2016 ein Fahrplan zu dieser Frage vom IKRK vorgeschlagen wurde.

Während der Verhandlungen haben die Vertreter Kiews verschiedene Argumente vorgebracht, warum es nicht möglich sei, mit der Reparatur der Brücke bei Staniza Luganskaja zu beginnen. Dabei ist der Entwurf zur Reparatur der Brücke, wie ich schon mehrfach unterstrichen habe, von internationalen Experten entsprechend zuvor erreichten Vereinbarungen erstellt worden.

Noch immer ist auch die Position Kiews in der Frage einer synchronen Öffnung der Kontroll- und Passierpunkte in Stschastje und Solotoje unklar.

Die Eröffnung einer Auto- und Fußgängerübergangs bei Stschastje würde die logistischen Möglichkeiten, unter anderem für die Lieferung humanitärer Hilfe durch internationale Missionen, erheblich verbessern.

Ein weiteres Mal haben die Erklärungen Irina Geraschtschenkos zur Frage des Gefangenenaustauschs verwundert, die grundlegend dem Format der Minsker Vereinbarungen widersprechen.

Zum Beispiel die Erklärung Geraschtschenkos, dass die Ukraine „prinzipiell nicht nur die befreien will, die auf dem besetzten Territorium sind, sondern auch die Gefangenen des Kreml“, kann nicht anders als als Sabotage und Versuche einer Sprengung des Verhandlungsprozesses zum Gefangenenaustausch bezeichnet werden. Obwohl Geraschtschenko wohl bekannt ist, dass die Frage der in der RF verurteilten Ukrainer in keiner Weise unter die Minsker Vereinbarungen fällt. Mit diesem Verhalten hat Kiew ein weiteres Mal seine herausragende Verhandlungsunfähigkeit demonstriert.

Politische Untergruppe

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zu den Ergebnisse der Verhandlungen der politischen Untergruppe:

Auf der heutigen Sitzung haben die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer ihre offene Missachtung,

sowohl der Regeln des Verhandlungsprozesses als auch die OSZE als Vermittler des Prozesses, gezeigt. Kiew hat erklärt, dass es sich nicht daran erinnert, dass es seine Zustimmung zur Bestätigung der Tagesordnung der politischen Gruppe gegeben hat, obwohl die Tagesordnung öffentlich in der Kontaktgruppe durch die Erreichung eines allgemeinen Konsenses bestätigt wurde, was das Sekretariat der OSZE festgehalten hat.

Und nur die Arbeit an den grundlegenden Punkten der bestätigten Tagesordnung, vor allem an der Implementierung der ‚Formel Steinmeier‘ und der Amnestie – kann zu Bewegungen bei der Realisierung des Maßnahmenkomplexes führen. Die Vereinbarung einer Kompromissordnung des Inkrafttretens des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass ist ein wichtiger Schritt zur Bestätigung der Verpflichtungen und ist insgesamt ein erster Punkt auf dem Weg, einen Prozess der politischen Regulierung zu organisieren. Aber selbst einen solchen Schritt können die Vertreter der Ukraine nicht durchführen, obwohl sie erklären, dass sie ihre Verpflichtungen bezüglich des Verhandlungsmandats im vollem Umfang erfüllen. Daraus können wir den Schluss ziehen, dass das derzeitige Mandat der ukrainischen Verhandlungsteilnehmer es ihnen offensichtlich verbietet, mit einer politischen Regelung zu beginnen, wenn es nicht einmal den allerersten Schritt vorsieht. Es ist offensichtlich, dass die Einrichtung eines stabilen und langfristigen Friedens im Donbass ohne den politischen Willen der ukrainischen Seite nicht möglich ist. Und bisher sehen wir anstelle offizieller Verhandlungspositionen der Ukraine provokative politische Losungen, die die Vertreter Kiews in Minsk äußern. Wenn die ukrainische Regierung tatsächlich ihre Unterstützung für eine friedliche Lösung des Konflikts bestätigen will, muss sie notwendigerweise damit aufhören, auf solche Weise Zeit zu gewinnen und sofort zur Organisation eines Dialogs in der politischen Gruppe zu den grundlegenden Fragen des Tagesordnung übergehen.

Dnr-online.ru: Die Verhandlungsteilnehmer der DVR und der LVR bestehen weiter auf der einzig möglichen Formel des Gefangenenaustausch - „alle gegen alle“, ohne Einteilung in Kategorien. Dieses Prinzip ist im Maßnahmenkomplex vorgesehen, von den Seiten der Kontaktgruppe und einer Resolution des UN-Sicherheitsrats bestätigt, und das heißt, genau dieses Prinzip muss in der Praxis realisiert werden. Bisher sabotiert leider die ukrainische Seite in jeglicher Weise die Realisierung dieses Punktes des Maßnahmenkomplexes, teilt eine Quelle von den Verhandlungen mit.

Ökonomische Untergruppe

Dnr-online.ru: Die DVR hat alle notwendigen Garantien für die Wiederaufnahme der Vodafone-Verbindung in der DVR gegeben, die von der ukrainischen Seite angefragt wurden und damit ihren Teil der erreichten Vereinbarung erfüllt.

Beim heutigen Treffen der Kontaktgruppe in Minsk wurde ein Einvernehmen über die Fristen für die Realisierung weiterer Schritte zur Wiederaufnahme der Mobilfunkverbindung von Vodafone auf dem Territorium der DVR und der LVR erzielt. Die weitere Prozedur hängt vollständig von den Handlungen oder der Tatenlosigkeit der ukrainischen Seite ab, teilt eine Quelle von den Verhandlungen mit.

Dan-news.info: Die Vertreter Kiews in Minsk haben sich dem Vorschlag des IKRK verweigert, beim Prozess der Auszahlung von Renten an die Einwohner des Donbass Unterstützung zu leisten. Dies teilte heute die Pressesekretärin des Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen Denis Puschilin Wiktorija Talakina mit.

„Die letzte Initiative der Verhandlungsteilnehmer der DVR und der LVR war ein Vorschlag, internationale Organisationen für die Rentenzahlungen heranzuziehen. Das IKRK schaltete sich ein und schlug vor, als Grundlage die Zahlungen von Renten an wenig mobile Rentner zu nehmen. Was die Reaktion der ukrainischen Seite betrifft, so hat sie sich völlig vorhersehbar geweigert – die Ukraine hält es nicht für möglich, die Auszahlung von Renten an irgendeine andere Seite zu delegieren“, erklärte Talakina.

Außerdem wurden alle Vorschläge der Verhandlungsteilnehmer bezüglich der Wiederaufnahme der

Rentenzahlungen wie die Eröffnung von mobilen Banken an der Kontaktlinie, die Einrichtung von Filialen der ukrainischen „Oschtschadbank“ in einer Reihe von Ortschaften, die Eröffnung von Banken an den KPP von der ukrainischen Seite mit klarer Missachtung aufgenommen.

Untergruppe zur Sicherheit

Dan-news.info: „Im Verlauf des heutigen Treffen wurde eine Reihe von Methoden vorgeschlagen, die nach Meinung der Koordinatoren des Verhandlungsprozesses und der Republiken die Sicherheit der Mitarbeiter der DFS befördern könnten. Leider haben nicht alle Maßnahmen die Billigung der Seiten gefunden, insbesondere ist hier von der ukrainischen Seite die Rede, deren Vertreter prinzipiell keine Schuld ihrerseits bei diesem Vorfall sehen“, teilte die Pressesekretärin Denis Puschilins Wiktorija Talakina mit.

Telegram-Seite der Vertretung der DVR im GZKK:

Am 18. April fand eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit der Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk statt.

Entsprechend der Tagesordnung erörterten die Teilnehmer die allgemeine Situation im Bereich der Sicherheit, Probleme der Trennung von Kräften und Mitteln in Staniza Luganskaja sowie die kritische Situation um die Sicherheit der Mitarbeiter der Donezker Filterstation und des lebenswichtigen Objekts selbst.

Außerdem unterstrich der Koordinator der Mission die Notwendigkeit, in der Arbeitsgruppe Fragen der Antiminenaktivitäten und der Wiederaufnahme der Verpflichtungen der Seiten zum Abzug verbotener Waffen wiederzubeleben.

Von Seiten der Republik wurden Daten über Verstöße vorgelegt, die mit den Daten der OSZE-Mission übereinstimmen. Es wurde unterstrichen, dass die zusätzlichen Vereinbarungen zur Unterstützung des Regimes der Feuereinstellung von den Republiken vollständig eingehalten werden.

Es wurde erklärt, dass der „Oster“-Waffenstillstand in diesem Jahr der unruhigste war, trotz aller ergriffenen Maßnahmen bei Unterstützung der OSZE-Mission. Allein in den zwei Wochen vom 4. bis 18. April wurden 14 Zivilisten in Folge der militärischen Aggression der ukrainischen Truppen verletzt, 70 Wohnhäuser und 5 Infrastrukturobjekte sowie 4 Fahrzeuge beschädigt, es starben 4 Soldaten der Armee der DVR.

Das Schrecklichste an dieser Statistik ist die absolute Straflosigkeit der Schuldigen an den menschlichen Tragödien und das Fehlen einer adäquaten Reaktion der Weltöffentlichkeit.

Mit schweigender Zustimmung der Kuratoren der Ukraine bleiben die aggressiven Handlungen der Kiewer Regierung ungestraft. Bei einer solchen Stimulierung sind reale praktische Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Regelung des militärischen Konflikts im Donbass von der ukrainischen Seite nicht zu erwarten.

Die offizielle Version Kiews zu allen Fällen von Verstößen von der ukrainischen Seite sind wie immer unverändert absurde „Selbstbeschüsse“.

In diesem Kontakt wurde die ukrainische Seite wieder an einige Beschießungen des KPP „Jelenowka“ erinnert, wo Menschen starben, an den Beschuss von zwei Schulen in Dokutschajewsk während des Unterrichts, den Beschuss eines Brotlieferwagens, die Vernichtung eines Sanitätsfahrzeugs, das einen Verletzten beförderte. Außerdem wurden neue Fälle präzedenzloser militärischer Aggression vorgebracht- der Beschuss eines Busses mit 30 Kindern, des zentralen Friedhofs in Sajzewo am Totensonntag, von Staromichajlowka, Kominternowo und der Schicht der DFS, wobei fünf Mitarbeiter verletzt wurden. Die Liste solcher Verstöße kann man endlos verlängern, aber leider ändert dies das Verhalten der ukrainischen Seite nicht.

Eine neue Wendung im Verhandlungsprozess war die Erklärung der ukrainischen Delegation, dass die von der OSZE-Mission bereits im Rahmen des „Schul“-waffenstillstands vorgeschlagenen und mehrfach von den Teilnehmern der Minsker Kontaktgruppe veröffentlichten zusätzlichen Maßnahmen zur Kontrolle angeblich nicht abgestimmt waren und dass sie sich nur an deren

Erörterung beteiligt hätten.

Ein solch heftige Verweigerung der ukrainischen Seite konnte nicht unbemerkt bleiben: die Vertreter der Republiken haben vorgeschlagen diese zusätzlichen Vereinbarungen schriftlich als Teil der Minsker Vereinbarungen festzuhalten.

Im Rahmen der Erörterung der kritischen Situation mit der DFS wurde eine vorläufige Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Funktion der Station in fünf Tagen bei täglichem verstärkten Monitoring der Wechsel der Arbeitsschichten erreicht.

Wir erinnern daran, dass die vor kurzem erfolgten Akte militärischer Aggression, heute sowie am 7. 12. und 13. März weitergehen, weil die Positionen der ukrainischen Truppen in unmittelbarer Nähe der Station in einem Abstand von weniger als 100 Metern liegen.

In diesem Zusammenhang wurde als grundlegende Maßnahme vorgeschlagen, das Gebiet der DFS zu einem weiteren Abschnitt zur Trennung der Kräfte und Mittel gemäß den Bedingungen der Rahmenvereinbarung zu machen.

Bezüglich Staniza Luganskaja haben die Vertreter der LVR statistische Daten vorgelegt, die mit den Daten der OSZE-Mission übereinstimmen: der letzte Verstoß am Abschnitt Nr. 1 Staniza Luganskaja wurde von der Mission am 8. April festgestellt. Das heißt, die erforderliche minimale siebentägige Periode der Waffenruhe an dem Abschnitt hält bis jetzt an.

Aber die ukrainische Seite weigert sich die Trennung durchzuführen, sie bringt weiter erdachte Beschuldigung von Verstößen gegenüber der LVR vor, die nicht von der OSZE-Mission bestätigt werden, dabei werden neue Bedingungen vorgebracht, die nicht von der Rahmenvereinbarung vorgesehen sind.

Das verantwortungslose und sabotierende Verhalten der ukrainischen Seite ist der einzige Stein des Anstoßes für die Realisierung der Rahmenvereinbarung am Trennungsabschnitt Staniza Luganskaja. Ein weiteres Mal stellen wir fest, dass die Verhandlungssituation in der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit sich nicht zum Positiven hin verändert: die ukrainische Seite nimmt eine absolut destruktive Position ein.